



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cl., G.: Deutschland und die Balkankrise

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Deutschland und die Balkankrise



ie eben ablaufende Krise auf dem Balkan hat bei allen Staaten des Kontinents die Frage in den Vordergrund gerückt, welche Interessen sie auf dem Balkan und an Balkandingen haben, um danach ihre Haltung im gegebenen Augenblick einzurichten. Die Vorfrage ging naturgemäß auch durch die deutschen Blätter und wie es scheint, herrscht in ihr erfreuliche Übereinstimmung: Deutschland hat die vielseitigsten wirtschaftlichen und politischen Interessen zu wahren!

Solche Harmonie in der Beantwortung der allgemeinen Frage schließt leider tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Aufgabe des heutigen Tages nicht aus. Die Prestigepolitiker raffen gewaltig mit dem Säbel und fordern, Deutschland solle für die Erhaltung der Türkei eintreten, die ernsthaft nationalen Kulturpolitiker weisen mit Recht auf die Gefahr hin, die dem Deutschtum ganz allgemein durch die kräftige Entwicklung der Südslawen droht, die Real- oder Wirtschaftspolitiker aber wollen im wesentlichen nur die Interessen des Kapitals, das ist die des Handels und der Industrie gelten lassen. In Wirklichkeit laufen die Forderungen aller drei Gruppen neben- und durcheinander und die hier und da laut werdenden praktischen Vorschläge verraten eigentlich nur, welche Gruppe über die besten Informationen verfügt: die Mittel zur Wahrung unserer Interessen lassen sich nun einmal nicht allein nach Gefühlsmomenten finden; für praktische Entschlüsse ist die Summe aller Faktoren, sind die Zeiterfordernisse maßgebend und — Kenntnis des nützlichen und wirklich erreichbaren. So groß z. B. die Gefahr des Emporstrebens der Slawen für die Germanen ist, so scheidet die Tatsache an sich praktisch vollständig aus der auswärtigen Politik aus, nachdem es doch in erster Linie Fürsten von deutschem Geist und Geblüt gewesen sind, die die staatlichen Organisationen der Slawen seit Jahrhunderten schufen: Rußland, Rumänien, Bulgarien verdanken ihre politische Organisation deutschen Fürstenhäusern (Holstein-Gottorp, Hohenzollern, Koburg), Tschechen, Polen, Kroaten ihren kulturellen Aufschwung deutschen Gelehrten und

Lehrern auf allen Gebieten. Das Erwachen der Slawen ist zum guten Teil unser, der Deutschen, Werk, — wir werden sie durch keine siegreichen Kriege, durch keinerlei politische Unterdrückung von weiterer Machtentfaltung zurückhalten, wenn wir selbst nicht rassenmäßig, das will sagen: zahlenmäßig, geistig und wirtschaftlich so stark werden, daß neben uns keine andere Gewalt aufkommen kann. Diesem Ziele zuzustreben, kann nicht in erster Linie Aufgabe der auswärtigen Politik sein, das wäre eine Aufgabe der inneren. Die Leiter der auswärtigen Politik sind gezwungen, mit den vorhandenen, gegebenen Faktoren zu rechnen, die Leiter der inneren haben die Aufgabe, diese Faktoren im Sinne unserer Stärkung zu vermehren, solange es dafür noch Zeit und Mittel gibt.

Scheidet somit der deutsch-slawische Gegensatz als Kampf zweier Kulturen für die praktische Politik Deutschlands auf dem Balkan im Augenblick aus, so wird unsere politische Latenzfreude obendrein gezügelt durch die geographische Lage Deutschlands zu den Balkanstaaten. Alles, was uns noch als Spielraum übrig bleibt, ist gewissermaßen geistiger Natur, beruht fast ausschließlich auf der Gesundheit der Nation daheim, auf der Güte ihrer staatlichen und sozialen Organisationen und findet seinen Ausdruck in der folgerichtigen, stetigen Entfaltung unserer Welthandelspolitik. Politischen Einfluß haben wir in der Türkei nur in diesem Sinne zu suchen und deshalb auch zu keiner Zeit unter anderen Gesichtspunkten gesucht, als etwa in Petersburg oder Washington. Die deutsche Politik ging niemals auf Gebietserwerbungen in der Türkei aus, wie etwa die englische, russische und österreichisch-ungarische, sei es nun zu kolonialisatorischen oder zu strategischen Zwecken. Auch nicht zu Bismarcks Zeiten. Ein Blick auf die Karte der alten Welt erklärt die Gründe solcher Zurückhaltung zur Genüge. Darum sind die Mittel deutscher „Eroberungs“-Politik Geist und Kapital, nicht das Schwert.

Blieben nun aber wirklich handelspolitische Gesichtspunkte für unsere Beziehungen zu den Balkanstaaten allein übrig, dann ergab sich die im akuten Falle notwendig einzunehmende Haltung der deutschen Diplomatie von selbst: harmonisches Zusammenwirken mit allen übrigen am Balkan interessierten Mächten, insonderheit mit denen, deren Interessen ebenso liegen, wie die unsrigen.

Zum mindesten gleichwertig mit den unsrigen sind die Interessen Frankreichs, das ebenso wie wir namhafte Kapitalien in der Türkei investiert hat. Ein kulturell und wirtschaftlich aufstrebendes Osmanenreich ist Abnehmer deutscher und französischer Waren, Anlagemarkt für deutsches und französisches Kapital, Betätigungsgebiet für französische und deutsche Geistesarbeit. An den Pforten dieses Reiches rütteln die kleinen Balkanstaaten, die sich auf Kosten der Türkei bereichern wollen. Wie Frankreich diesem Unterfangen gegenübersteht, zeigt am klarsten seine Weigerung, Bulgarien Geld zum Kriegführen zu leihen. Man darf also annehmen, daß in den maßgebenden Kreisen Frankreichs die Interessen an der türkischen Frage zum mindesten ebenso aufgefaßt werden wie

bei uns. Was läge da näher, als daß die deutsche und französische Diplomatie sich einander zunächst über die nächsten Schritte verständigt hätten, die der jüngsten Lage gegenüber einzuschlagen waren.

Nicht ganz so einfach liegt die Frage bei unseren Bundesgenossen Österreich und Italien. Vor allen Dingen für Österreich-Ungarn können sich infolge eines Balkankrieges Möglichkeiten zum Handeln ergeben, die dem kurzfristigen, vom Tag lebenden Politiker günstiger erscheinen als es tatsächlich der Fall wäre. So ließe sich womöglich der Fehler wieder gut machen, der seinerzeit durch die Räumung des Sandschal begangen wurde; auch der Einfluß Italiens in Albanien, der übrigens vorwiegend auf dessen Handelsbeziehungen beruht, ließe sich vielleicht zurückdrängen; aber doch nur vorübergehend, denn der Handel sucht sich seine Wege nicht gern unter der Führung des Bajonetts. Das wären Eintagswerke, die durchaus nicht im Verhältnis zu der Einbuße ständen, die Österreich-Ungarn durch die alsdann auch unvermeidliche territoriale Ausdehnung Serbiens und Bulgariens erleiden müßte. So darf denn auch in Zukunft vom Ballhausplatz her eine Haltung erwartet werden, die zunächst darauf ausgeht, den Ausbruch eines Balkankrieges zu verhindern und, wenn solches Bemühen einmal erfolglos bleiben sollte, einen Friedensschluß zu bewirken, der am status quo auf dem Balkan nichts ändert.

Italien ist in ähnlicher Lage, wenn es auch im gegenwärtigen Augenblick aus der Notlage der Türkei den meisten Nutzen zu ziehen vermöchte. Eine Schwächerung des türkischen Besitzstandes auf dem Kontinent durch die kleinen Balkanstaaten und Österreich-Ungarn in diesem Augenblick hieße für Italien entweder auf seinen Einfluß in Albanien verzichten oder seine eben eingeleitete Eroberung in Nordafrika preisgeben. Es läßt sich von hier aus nicht übersehen, ob es nicht gerade diese Erwägung ist, die die englische Diplomatie veranlaßt hat, das Feuer auf dem Balkan neu anzufachen, nachdem Italien auf den Beitritt zu einem englisch-französischen Mittelmeerbund verzichtete. Aber die Wahrscheinlichkeit liegt vor, nachdem es für die Engländer festzustehen scheint, daß die einzig empfindliche Stelle des Dreibundes dort unten an der Adria zu finden sei. Die Feststellung, die des früheren russischen Ministerpräsidenten Stolypin Bruder in der gewiß nicht deutschfreundlichen Nowoje Wremja macht, daß nämlich der Angelpunkt der englischen Politik in der Feindschaft Albions gegen Deutschland zu suchen sei, verstärkt die Wahrscheinlichkeit erheblich. Wir können um so eher den Finger auf die Wunde legen, als diese, längst in Heilung begriffen, in kurzem vernarbt sein dürfte. Weder Italien noch Österreich-Ungarn denken daran, um der verhältnismäßig geringfügigen Rivalitäten in Albanien willen die Vorteile preiszugeben, die jedem von ihnen der Dreibund bietet. Denn nicht in erster Linie gegen die Türkei richtet sich der Anschlag der Gegner, sondern gegen den Dreibund, der es Italien ermöglichte, seine natürlichen Aufgaben in Nordafrika trotz England und Frankreich durchzuführen, der es Österreich-Ungarn trotz Rußlands passivem Widerstande gestattet, seine

inneren und äußeren Schwierigkeiten mit Gleichmut zu tragen und allmählich zu überwinden.

Angeichts der Haltung Frankreichs und der Dreibundmächte erklärt es sich, wenn in deutschen unterrichteten Kreisen auch von Rußland behauptet wird, daß dies einem Kriege auf dem Balkan, der nicht eine Schwächung des Dreibundes bedeutete, kein Interesse entgegenbringt, und es soll mich gar nicht wundern, wenn Herr Sjasonow schon in den nächsten Tagen den Ansichten zustimmt, die Herr von Riederlen am Mittwoch einem Politiker gegenüber geäußert hat. Somit darf bei den zumeist interessierten Großmächten, also wohl bei Frankreich und den Dreibundmächten, die Neigung ins politische Rechenexempel eingesetzt werden, die Türkei gegen jeden sich aus einem Balkankriege möglicherweise ergebenden Gebietsverlust auch fernerhin schützen zu wollen; die „neue Erwerbsgemeinschaft“, wie die Kölnische Zeitung treffend die Balkangeegner der Türkei nannte, führte umsonst Krieg, verdiente nichts aus ihrem Unternehmen. Angeichts solcher Tatsachen dürfte eine gewisse Beruhigung auf dem Balkan um so eher zu erwarten sein, je energischer die Hohe Pforte sich der Durchführung jener Reformen in Albanien und Mazedonien zuwendet, die sie erst kürzlich von neuem versprochen hat.

Der geneigte Leser wird aus obigen Ausführungen unschwer erkennen, daß ich den eigenartigen Ernst der internationalen Lage auf dem Balkan in ihrer Bedeutung für Deutschland durchaus zu würdigen weiß; er wird mir auch zugeben, daß es kein Würfelspiel war, dem wir in der abgelaufenen Woche zusahen, sondern eine grimmige Schachpartie, in der zwei ebenbürtige Gegner schon Ritter und Königinnen gegeneinander einsetzten. Zug um Zug ward gezogen: Bagdadbahn, Persien, Marokko, Tripolis, Schiffsgeschwader von der Nordküste ins Mittelmeer, Armeekorps an der russischen Südwestgrenze, allgemeine Mobilmachung auf dem Balkan; dazwischen wirkten Minister- und Diplomaten-gespräche wie Geplänkel unter den Bauern. Presse und Börse waren die Zuschauer. Wer aber hätte es erlebt, daß ein Schachspieler je versucht, die Partie durch den Faustschlag aufs Brett zur Entscheidung zu bringen?! Und doch wird es im politischen Schachspiel immer und immer wieder gefordert! Wem wäre denn ein Faustschlag von unserer Seite zugute gekommen? Doch nur jenen Gegnern, die seit zehn und mehr Jahren darauf ausgehen, uns Schwierigkeiten zu bereiten und den Dreibund zu zerbrechen, dessen Vorhandensein es jedem der drei Bundesgenossen ermöglicht hat, die durch die geographische Lage bedingten Hindernisse in dem Maße zu überwinden, wie es geschehen! Die Partie ist einstweilen zu unseren Gunsten entschieden, rüsten wir für die nächste!

Um so eigenartiger muß es berühren, wenn sich immer noch Stimmen finden, die aus dem Dreibund heraus gegen Dreibundmächte aufbegehren, wie es z. B. von Zeit zu Zeit in Wien, aber auch in Norddeutschland geschieht. Solche Stimmen finden bei uns besonders im nationalen Lager Widerhall, weil sie berechtigter nationaler Besorgnis entspringen. In keinem Gebiet sonst

auf der Welt hat der Nationalitätenkampf solche Schärfe erreicht, wie auf dem, das die Dreibundstaaten in Mitteleuropa bedecken. Was Wunder, wenn gerade die Vorkämpfer des Deutschtums aus ihren Erfahrungen des Alltags heraus glauben das nationale Prinzip in den Vordergrund rücken zu müssen, wo doch reine Machtfragen der Wirtschaft zum Austrag kommen. Es handelt sich in den nächsten Jahren nicht darum, ob der Sandschak von Slawen oder Türken beherrscht wird. Schon jetzt herrschen dort Slawen und werden es auch tun, wenn der Doppeladler einmal seine Fittiche über ihn breiten sollte. Die Frage ging und geht um ein System, dem die Dreibundmächte ihre Weltmachtstellung zu einem bedeutenden Teile verdanken. Und wenn das Attentat dagegen abgewendet werden konnte, so war dies möglich, weil letzten Endes doch reale Interessen, wie solche gegenwärtig Frankreich die Politik diktieren und nicht ehrgeizige Rivalitäten den Ausschlag geben. Die jüngste Krise hat sich friedlich gelöst. Wenn die einmal zusammengeführten Reiche nun auch in Zukunft fest zusammenstehen und den Kampf um nationale Kultur lediglich der inneren Politik als Aufgabe überlassen, dann dürfen wir hoffen, daß allmählich auch der Balkan aufhören wird, Sprengkammer der europäischen Politik zu sein.

S. C.



Sprüche

Von Ernst Ludwig Schellenberg

Ewiges Sein und ewiges Werden?
 Gittle Philosophenlist!
 Suche nur tätig zu sein auf Erden,
 dann wirst du ewig, du bist!

* * *

Wir alle sind weit entfernt,
 das Leben völlig zu leben;
 man muß sich zufrieden geben,
 daß man es kennen lernt.

